versprechen mir hiervon eine wesentliche Förderung der Lösung des Gesamtproblems der Reformbedürftigkeit des Aktienrechts. Wie ich bereits in der Hauptversammlung persönlich und in der Ausschußberatung durch meinen Vertreter hervorgehoben habe, erachte ich die Entscheidung über die Reformbedürftigkeit des Aktienrechts als eine besonders bedeutsame und dringliche Aufgabe. Eine sofortige und dauernde Fühlungnahme der Reichsregierung mit dem einzusetzenden Ausschuß ist für mich von besonderem Werte. Ich würde es deshalb dankbar begrüßen, wenn mir von der Zusammensetzung des Ausschusses demnächst Mitteilung gemacht werden könnte."

Abkommen zwischen Reich und Berliner Hotelgesellschaft hinsichtlich des Hotels Kaiserhof.

Zwischen dem Reich und der Berliner Hotelgesellschaft ist es zu einem Abkommen hinsichtlich des Hotels „Der Kaiserhof" gekommen, da das Reich seit langem den Wunsch hat, um das Regierungszentrum, den Wilhelmplatz herum, die in allen Teilen der Stadt verstreuten Betriebe der Zentralstellen des Reiches zu konzentrieren. Der Kaufpreis beträgt zirka 8½ Millionen Mark. Die bezüglichen Verträge sind vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften und der Generalversammlung der Berliner Hotelgesellschaft geschlossen.

Eupen — Malmedy.

Berlin, 21. September. Der Bericht der Londoner Daily Mail, wonach sich Frankreich bereit erklärt hat, auf jede Einmischung in die Verhandlungen zwischen Berlin und Brüssel bezüglich der Eupen-Malmedy-Frage zu verzichten, wird von vielen belgischen Zeitungen übernommen. Aus Brüsseler parlamentarischen Kreisen erfährt die Deutsche Tageszeitung, Paris habe sich bereit erklärt, zu einer Lösung der Eupen-Malmedy-Frage seine Mitwirkung zu gewähren. Aus Kreisen, die mit dem Ministerpräsidenten Jaspar in guter Verbindung stehen, wird bestätigt, daß, solange Jaspar Ministerpräsident sei, keine neuen Verhandlungen geführt werden sollen. Von sozialistischer und flämisch-katholischer Seite sei aber eine neue Bewegung zugunsten der Rückgabe zu erwarten. In einer der nächsten Parlamentsitzungen werde die Eupen-Malmedy-Frage zur Sprache gebracht werden, und zwar in Form einer Interpellation. Man wolle feststellen, auf welche Weise Paris Brüssel einschüchtert und inwieweit sich Paris hierbei auf das geheime Militärabkommen berufen habe.

Der belgische Standpunkt in der Frage des internationalen Stahltrustes.

Brüssel, 21. September. Wie „Libre belgie" meldet, hielten die belgischen Industriellen trotz der in Paris gemachten Vorschläge an einem Kontingent von 290 000 Tonnen für Belgien fest.

Blutige Zusammenstöße in Breslau.

Breslau, 21. Sept. Nach Schluß einer Arbeitslosenversammlung, die gegen Nachmittag im Gewerkschaftshause stattfand, kam es zwischen zum Rathaus abziehenden Arbeitslosen und den den Anmarsch aufhaltenden Schutzpolizeibeamten beim Versuch der Demonstranten, die Absperrkette zu durchbrechen, zu schweren blutigen Zusammenstößen. Ein Polizeibeamter wurde durch einen Stich verletzt. Hierauf machte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch. Wie uns von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurden zwei Personen, darunter eine Frau in mittleren Jahren getötet und fünf verwundet. Mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Umfassende Sicherheitsmaßnahmen sind von der Polizei getroffen worden, um weitere Unruhen zu verhüten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Richard Fischer †.

Berlin, 21. September. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Richard Fischer ist im Alter von 72 Jahren gestorben.

Der geplante transatlantische Luftschiffverkehr.

Zu der Meldung aus Madrid, daß durch königliches Dekret der Gesellschaft Colon die Konzession für eine Luftschifflinie Sevilla—Buenos Aires erteilt und eine Subvention von 30 Millionen Peseten bewilligt worden ist, melden die Blätter aus Friedrichshafen, daß die Eröffnung des Betriebes mit dem Zeppelinluftschiff erfolgen soll, dessen Bau vor einiger Zeit aus den Mitteln der Zeppelin-Eckener-Spende in Angriff genommen worden ist. Dieses Luftschiff, dessen Gondeln und wichtigen Normalteile bereits im Bau sind, wird einen Rauminhalt von 105 000 Kubikmeter haben. Mit dem Bau des Luftschiffkörpers wird noch Ende dieses Jahres begonnen werden. Für den Herbst des kommenden Jahres ist die erste Probefahrt des Luftschiffes in Aussicht genommen.

Es kriselt weiter in Spanien

Biarritz, 21. September. Wieder bringen die aus Spanien eintreffenden Reisenden Nachrichten mit, die Aufsehen erregen und, auch wenn sie nicht ganz zuträfen, doch keinen Zweifel darüber lassen, daß der Alarmzustand in Spanien fortdauert und über kurz oder lang zu einer heftigen explosiven Entladung führen muß.

Es heißt, daß die Offiziersjuntas — Schutzbünde politischen Einschlags — an den König ein Ultimatum gerichtet haben, in dem sie fordern, daß die Regierung sämtlichen Artillerieoffizieren Straflosigkeit gewähre. Die schon erfolgten Begnadigungen und Einschränkungen sind also weniger Güte und Nachgiebigkeit — angesichts der offenbaren Disziplinlosigkeit der Artillerie wären diese auch gar nicht am Platz — sondern Notwendigkeit damit nicht die ganze Armee aus den Fugen gehe.

Auch die Artillerie-Offiziere des Marokkoheeres sollen an König oder Regierung eine Eingabe gemacht haben, in der sie gleiches verlangen, widrigenfalls sie alle um Entlassung nachsuchen wollen.

Hilfswerk für das durch die Ueberschwemmung bedrohte Deutschtum in Südslawien.

Aufruf des Deutschen Ausland-Instituts und des Vereins für das Deutschtum im Ausland.

Die Deutschen in der Batschka, Baranja und im Banat wurden im Juli/August von einer

Ueberschwemmungskatastrophe

betroffen, die in der Geschichte dieser deutsch-schwäbischen Besiedlungsgebiete ohne Beispiel dasteht. Im ganzen Ueberschwemmungsgebiet sind rund 250 000 Joch gleich 500 000 Morgen unter Wasser; 300 000 Morgen davon sind deutsch-schwäbischer Besitz! Fast die ganze Ernte, viele hunderte, ja tausende Wohnstätten fielen der rasenden Donau zum Opfer.

Den an der Hilfsarbeit für das von der Ueberschwemmung schwer betroffene Deutschtum in Südslawien beteiligten reichsdeutschen Verbänden in Berlin und Stuttgart wird ein Aufruf des deutschen Hilfsausschusses in Neusatz (Südslawien) übermittelt, in welchem es heißt:

Deutsche Volksgenossen!

Der Deutsche Hilfsausschuß in Neusatz, der im Jahre 1923 Eure edelmütige Hilfeleistung für die hungernden Kinder und Greise in Deutschland organisierte und durchführte, appelliert nun an Eure Mildtätigkeit und brüderliche Hilfsbereitschaft auch zur Linderung der bitteren Not Eurer Volks- und Heimatsgenossen im Donaugebiete, die durch eine Hochwasserkatastrophe, wie wir sie seit Menschengedenken nicht mehr erlebten, um Haus und Hof, um die Früchte ihrer Arbeit gebracht wurden und ohne Eure ausgiebige Bruderhilfe größtem Elend entgegengehen. Von Apatin bis Neusatz herunter sind Dutzende von Häusern überschwemmt, Tausende von Häusern eingestürzt, Hunderttausende von Jochen Feldes überflutet, viele Tausende von Familien ohne Obdach und ohne Brot.

Eurer Teilnahme und Hilfsbereitschaft gewiß, ladet Euch der Deutsche Hilfsausschuß alle, die eines guten Willens sind, Vertreter von deutschen Gemeinden, Vereinen und Körperschaften, wirtschaftlichen Organisationen und humanitären Vereinigungen die Vertreter unserer deutschen Geistlichkeit, des deutschen Bürgertums, Bauern- und Gewerbestandes, insbesondere auch unsere deutschen Hochschüler ein, in Neusatz zu einer Beratung zusammenzutreten, um Mittel und Wege zu finden, wie auch wir Deutsche an dem großen Hilfswerke, das im ganzen Lande für die Ueberschwemmten in Angriff genommen wird, würdig teilnehmen und unsere Bruderhilfe den vom Hochwasser betroffenen deutschen Siedlungen angedeihen lassen können.

Der Hilfsausschuß bittet um zahlreiche Teilnahme, damit die entsprechende Organisation in den Gemeinden von den Teilnehmern ehestens in Angriff genommen werden könne und das Hilfswerk alsbald Früchte trage. Besondere Einladungen werden nicht versandt.

Jeder hilfsbereite deutsche Mann ist willkommen!

*

Wir bringen diesen Aufruf der deutschen Oeffentlichkeit zur Kenntnis und richten an alle reichsdeutschen Volksgenossen die dringliche Bitte, an die bewährte Volkstreue und die opferwillige Hilfsbereitschaft der Stammesbrüder an der Donau zu denken und, sei es auch mit kleineren Spenden, die allerärgste Not, die besonders im kommenden Winter sehr drückend sein wird, zu lindern.

Deutsches Ausland-Institut, Stuttgart.
Verein für das Deutschtum im Ausland, Berlin.

Spenden auf das Postscheckkonto des Deutschen Auslands-Instituts Stuttgart Nr. 7690 oder des Vereins für das Deutschtum im Auslande Berlin Nr. 88 467.

Sitzung des Völkerbundes.

Die Weltwirtschaftskonferenz.

Genf, 21. Sept. Das Hauptthema der heutigen Vollsitzung bildeten die

Vorarbeiten für die Weltwirtschaftskonferenz,

über die **Loucheur**, der im vergangenen Jahre die Anregung dazu gegeben hatte, im Auftrag des technischen Ausschusses der Versammlung Bericht erstattete und zu der er die Annahme einer Entschließung empfahl, durch die eine energische Förderung der Vorarbeiten und die Einberufung der Konferenz binnen möglichst kurzer Frist gefordert wird. Loucheur verweilte ausführlich bei den Ursachen der Wirtschaftskrise: Schaffung neuer unorganischer Grenzen, Zerreißung wirtschaftlicher Zusammenhänge, Protektionismus neu geschaffener Staatswesen, Verkehrserschwerung durch die Aufrichtung von Zollmauern und andere Hindernisse. Er machte dabei das bemerkenswerte Zugeständnis an die moderne ökonomische Auffassung, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse der Vorkriegszeit eine Hauptkriegsursache gewesen seien. Darauf zitierte der Redner die Ausführungen, die Reichsminister Dr. Stresemann in seiner Eintrittsrede in Bezug auf die Wirtschaftsfragen gemacht hat. Er erklärte sich mit Nachdruck als Anhänger der bei dieser Gelegenheit von dem deutschen Delegierten unterstrichenen Auffassung, daß der Weg zur Gesundung der Welt nur über den Abbau dieser Hindernisse führen könne, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit unter Verkennung wirtschaftlicher Zusammenhänge und Notwendigkeiten in einer geistigen Auffassung aufgerichtet worden seien, die sich nur aus der Verwirrung der Kriegszeit erklären lasse. Geschickt verbindet Loucheur mit dieser an die deutsche Adresse gerichteten Anerkennung ein Bekenntnis zu den allgemeinen Friedenszielen der zwischen Briand und Stresemann angebahnten Politik, indem er die Zusammenhänge zwischen den Aufgaben der Weltwirtschaftskonferenz und denjenigen der Abrüstungs- und Sicherheitsbestrebungen konstruiert und kurz erläutert, denn eine praktische Weiterentwicklung dieser beiden Probleme werde notwendigerweise zu einer Erleichterung der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen und damit zu einer Entlastung der notleidenden Wirtschaftsteile führen.

Als zweiter Redner sprach namens der deutschen Delegation Reichstagsabgeordneter Freiherr v. **Rheinbaben**. Er legte in klarer Gliederung die einzelnen Ursachen dar, die zur weltwirtschaftlichen Zerrüttung geführt haben, um seine Ausführungen in die fast mit Loucheurs Formel übereinstimmende Form ausklingen zu lassen: „Daß eine Epoche sich wandle, verlangt vor allem, daß sie ihr Wesen begreife". Der Beschleunigung dieser Erkenntnis soll die Weltwirtschaftskonferenz dienen. Auf die Einzelfragen des Berichtes übergehend, erklärte der deutsche Vertreter sich damit einverstanden, gewisse grundsätzliche Fragen zum Angelpunkt der Konferenz zu machen, deren Richtung durch die Darlegungen Loucheurs und seine eigenen Worte gekennzeichnet wäre. Man müsse sich nicht nur mit allgemeinen Grundsätzen befassen, sondern Uebergänge von dem einen in den anderen Zustand finden, die mit äußerst geringem Verlust in den einzelnen Volkswirtschaften verbunden seien. Hierauf empfahl v. Rheinbaben den Abschluß internationaler Vereinbarungen über Produktion und Absatz usw. und unterstrich die gleichgerichteten vorangegangenen Ausführungen Loucheurs über den

Eisenpakt,

der nicht gegen andere gerichtet sei und sich nicht „auf dem Rücken der Allgemeinheit" abspielen werde, da er in Fühlung mit der eisenverbrauchenden Industrie abgeschlossen werde. In Bezug auf die Zusammensetzung der Konferenz forderte der Redner Freiheit der Sachverständigen gegenüber Regierungsanweisungen. Bezüglich des Zeitpunktes der Konferenz sprach er dem Vorbereitungsausschuß das Vertrauen aus, daß den dringenden Bedürfnissen der Weltwirtschaftslage Rechnung getragen werden würde.

Nach einer kurzen Erklärung des schwedischen Vertreters **Adelsvärd**, der bedauerte, daß die Abhaltung der Weltwirtschaftskonferenz nicht auf das nächste Frühjahr festgesetzt worden sei, im übrigen aber der Resolution zustimmte, wurde diese einstimmig angenommen.

* * *

Genf, 21. Sept. Die Arbeiten der noch tagenden Versammlungsausschüsse wurden heute fortgesetzt. Besonderes Interesse kommt den Beratungen des Rechtsausschusses über den englischen Antrag auf Abgrenzung des Aufgabenbereiches des Völkerbundes und der Aussprache des politischen Ausschusses über

die Tätigkeit der ständigen Mandatskommission

des Völkerbundes zu. Im Rechtsausschuß billigte der Australier **Lathan** den Kern des englischen Antrages. Der belgische Rechtssachverständige vertrat dagegen die Auffassung des französischen Rechtslehrers **Barthelemy** und des Italieners **Scialoja**, daß eine endgültige Abgrenzung des Aufgabenbereiches des Völkerbundes nicht zweckmäßig sei. Schließlich wurde ein Resolutionsentwurf **Barthelemy** vorgelegt, in dem anerkannt wird, daß der Völkerbund es vermeiden müsse, seine Tätigkeit auf Gebiete auszudehnen, die ihn an seiner Aufgabe, der Vorbereitung des Weltfriedens und der Erleichterung der friedlichen Zusammenarbeit unter den Völkern, abbringen könnten. In einem Schlußwort erklärte Sir Cecil **Hurst**, der den englischen Antrag begründet hatte, daß mit der vorjährigen Prüfung der Zuständigkeitsfrage bereits viel gewonnen sein werde. Ein Redaktionskomitee wurde mit der Ausarbeitung der endgültigen Fassung des Resolutionsentwurfes beauftragt. Der politische Ausschuß nahm den Bericht **Nansens** über die Tätigkeit der ständigen Mandatskommission des Völkerbundes entgegen. **Nansen**, der dabei in Bezug auf die Auffassung, daß die Mandatsgebiete einen integrierenden Bestandteil der Mandatsstaaten bilden, von einem Mißverständnis sprach, das sich leicht beseitigen lasse, behandelte Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Völkerbundsrat bezw. den in ihm vertretenen Mandatsmächten und der ständigen Mandatskommission in Bezug auf deren Befugnisse. Nansen verteidigte die Mandatskommission, die seit ihrem Bestehen bewiesen habe, daß sie mit den Mandatsmächten in gutem Einvernehmen zusammenarbeiten wolle. Er legte einen Entschließungsentwurf vor, in dem die Versammlung der Mandatskommission für ihre Arbeit und ihre Unparteilichkeit die Anerkennung ausspricht. Im weiteren Verlauf der Debatte wandte sich **Cecil Hurst** gegen den von Nansen eingebrachten Resolutionsentwurf, da er den Anschein einer Kontroverse hervorrufen könnte. Er schlug vor, der Mandatskommission in allgemeinen Wendungen den Dank für ihre Arbeit auszusprechen. **Joupenel** wandte sich scharf gegen Nansen. Er erklärte, daß er auf Grund seiner Erfahrungen in Syrien diese Kritik erweitern müßte, falls die Debatte nicht rasch geschlossen würde. **Rees** wies die Anschuldigungen des französischen Vertreters entschieden zurück und erklärte, die Mandatskommission habe in keiner Weise ihre Befugnisse überschritten. Der italienische Vertreter empfahl der Mandatskommission die Annahme einer Entschließung, die so gehalten wäre, daß auch nicht der geringste Gegensatz zwischen den beiden Völkerbundsorganen zu erkennen sei. Im übrigen müsse er in Bezug auf die Auffassung, daß die Mandatsgebiete einen integrierenden Bestandteil der Mandatsmächte bilden, den bereits früher von Italien angemeldeten Vorbehalt wiederholen. Schließlich zog Nansen seinen Resolutionsentwurf zurück und erklärte sich bereit, sich einer neuen Resolution anzuschließen, worauf ein Redaktionskomitee mit der Ausarbeitung dieser Resolution beauftragt wurde.